

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Bezugs-Preise
 Monatl. einchl. 1.60
 Halbjährl. 8.00
 Einzelst. 10 J
 Erscheint an jod. Werktage
 Die Pösten für den Postdienst sind im Preis eingeschlossen
 Die Pösten für den Postdienst sind im Preis eingeschlossen

Anzeigen-Preise
 Die ein spaltige Zeile aus gewöhnl. Schrift ab. deren Raum 12 J
 Familien-Anz. 10 J
 Reklam.-Zeile 25 J
 Sammelanzeigen 50 % Aufschlag
 Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge u. Chiffreanzeigen kann keine Gewähr übernommen werden.

Ar. 93 Begründet 1826. Donnerstag den 23. April 1925 Fernsprecher Nr. 29. 99. Jahrgang

Tagespiegel

Der Reichstag wird am Dienstag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, wieder zusammengetreten. Am gleichen Tag versammelt sich der preussische Landtag, um die Regierungserklärung des Kabinetts Braun entgegenzunehmen.

In dem Kohlstreit in Dänemark, der viele Teilstreitigkeiten zur Folge hatte, sind am 21. April 150 000 Arbeiter ausgerepelt worden. Die norwegischen Transportarbeiter beschlossen, über die Dauer des Kohlkampfes keine Waren von und nach Dänemark zu versenden.

Die Versuche Banderovices (Soj.), das belgische Kabinett zu bilden, sind gescheitert, da sowohl die Liberalen wie die katholische Partei die Mitwirkung ablehnten und die Sozialisten in der Minderheit sind. Die Rechtsgruppen des Senats und der Kammer haben einen Rechtsblock gebildet.

In Lissabon wurden 500 neue Verhaftungen vorgenommen.

Der Londoner „Morningpost“ zufolge hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Regierungen in Europa mitgeteilt, daß sie die Moskauer Sowjetregierung auch weiterhin nicht anerkennen werde, bevor Moskau nicht die schon von dem Staatssekretär Hughes aufgestellten Bedingungen (Rückkehr zu geordneten Rechts- und Handelsverhältnissen, Anerkennung der alten Schulden usw.) erfüllt habe.

Die Sowjetregierung in Moskau hat dem Sekretariat in Genf amtlich mitgeteilt, sie denke gar nicht daran, sich in irgend einer Frage, die Rußland betreffe, Beschließen des Völkerbundes unterzuordnen oder auch nur an der Beratung beratlicher Angelegenheiten teilzunehmen. Sie lehne vielmehr den Völkerbund nach wie vor ab.

Das Kabinett Painlevé vor der Kammer

Vertrauensklärung für Painlevé

Paris, 22. April. Gestern nachmittag verlas Ministerpräsident Painlevé in der Kammer die Regierungserklärung, deren Inhalt durch den „Matin“ bereits vortrefflich bekannt gegeben worden war. Der Kommunist Cahin erklärte, die Kommunisten erwarten nichts von der neuen Regierung. Die Gesandtschaft haben vollkommene Gewalt über die Regierung bekommen und Frankreich werde von den Bonstiers regiert; die Demokratie sei nur ein äußerliches Herkül. Am Namen der früheren Kriegsteilnehmer sagte Abg. Bertrand, das Land sei bestürzt, daß Caillaux, der 1917 das Vaterland in Gefahr gebracht habe und der deshalb verurteilt worden sei, Finanzminister geworden sei. Es sei doch noch nicht so weit, daß Frankreich zwischen Caillaux und dem Staatsbankrott hätte wählen müssen. Seine Anwesenheit auf der Ministerbank sei eine Beleidigung der lebenden und der toten Kriegsteilnehmer. (Stürmischer Beifall auf der Rechten.) Abg. Laittinger greift ebenfalls Caillaux heftig an und verliest eine Erklärung Caillaux vor dem Obersten Gerichtshof, wonach er 1917 mit Deutschland einen Frieden schließen können, der Elsch-Lobringen wiedergegeben hätte. Mehrere Abgeordnete der Linken rufen, Laittinger habe die Erklärung fälschend entstellt, was Ministerpräsident Painlevé bestritt; Laittinger habe sich durch die Fälschung selbst verurteilt. Abg. Mussoll fragt, ob die Enthaltungen der Londoner „Times“ über eine Reise Caillaux nach Italien während des Kriegs richtig seien.

Painlevé erwidert, er könne darüber Mitteilungen machen, die die Sache in ganz anderem Lichte zeigen. Er (Painlevé) habe die Regierungsbildung nicht gesucht. Es sei immer seine Absicht gewesen, sich mit Männern zu umgeben, die Frankreich wertvolle Dienste leisten können. Die finanziellen Schwierigkeiten rühren hauptsächlich daher, daß im Jahr 1925 weitere Summen kurzfristiger Anleihen zur Einlösung kommen.

Finanzminister Caillaux erklärt, er habe bei Uebernahme des Ministeriums die Staatsfinanzen in einem solchen Zustand vorgefunden, daß man ohne Uebertreibung sagen könne, das Durcheinander, der Mißbrauch der Sonderkonten und der Stand des Schatzamts seien eine ernste Gefahr. Die Vorschläge der Bank von Frankreich an den Staat sollen nicht erhöht werden. Er wisse nicht, welchem Gehirne der Gedanke einer Rückzahlung der kurzfristigen Schatzscheine entsprungen sei; das würde geradezu den Staatsbankrott bedeuten. Die nächsten Heilmassnahmen werden auf dem Gebiet der Währung liegen. Er werde der Mann bleiben, der seinerzeit die Einkommensteuer habe annehmen lassen.

Abg. Fabry (demokratische Linke) veranlaßt die baldige Veröffentlichung des Gutachtens des Marcksalls Hoch, Fabry warnt vor vorzeitiger Räumung des besetzten deutschen Gebiets, sonst werde Frankreich zwischen Krieg oder Erniedrigung zu wählen haben.

Die Kammer nahm hierauf einen Vertrauensentwurf für das Kabinett Painlevé mit 304 gegen 215 Stimmen an.

Die Regierungserklärung hat in der Presse weder auf der rechten noch auf der linken Seite großen Beifall gefunden.

Die Parteien des Linksblocks konnten sich erst in letzter Stunde über die Form einer Tagesordnung einigen, die dem Kabinett das Vertrauen ausdrückt. Bestimmend war die Uebersetzung, daß die Linke dauernd von der Regierung ausgeschlossen sein würde, wenn das Kabinett fiel. Die Regierung mußte dagegen die Regierungserklärung in einigen Punkten abändern.

Im Senat wurde die Regierungserklärung fast aufgenommen, nur bei einigen Stellen über die Steuern entstand bei der Mehrheit Heiterkeit; bei der Anshändlung, daß

Nie nach dem Streik von den Eisenbahngesellschaften nicht wie der einseitigen Eisenbahnarbeiter wieder aufgenommen werden sollen, erhob sich Widerstand. Außenminister Briand sagte, die beste Sicherheit für Frankreich sei, Preis mit den Verbündeten im Einvernehmen zu bleiben. Die Völkerbundlösung enthalte die wichtige Bestimmung, daß, wenn Frankreich im militärischen Gebiet angegriffen würde, alle Nationen, die den Vertrag unterzeichnet haben, Frankreich gegen Deutschland beizustehen verpflichtet seien. Frankreich sei also nicht vereinzelt. Er werde über den Sicherheitsvertrag weiter verhandeln, aber er werde sich nicht binden. Deutschland werde versuchen, aus den Verhandlungen Nutzen zu ziehen. Die Tatsache, daß alle großen Nationen auf Seiten Frankreichs stehen, sei eine Gewähr, daß der Weltfriede nicht gefährdet werde. Gegenwärtig habe der Völkerbund die Entwaffnung Deutschlands in Händen.

Die englische Presse über das Kabinett Bonnet
 London, 22. April. Die Blätter ergehen sich über die Regierungserklärung des Kabinetts Bonnet nur in kurzen Betrachtungen; sie deuten aber an, daß man dem Kabinett keine laune Lebensdauer zutraue, zumal die „Veröhnung“ zwischen Irland und Caillaux, die im gleichen Kabinett sitzen, nicht tiefgründig sei.

Verweigerung gdes Rundfunks an die kommunisten
 Berlin, 22. April. Die „Rote Fahne“ teilt mit, Reichsminister des Innern Dr. Schiele habe die Benützung des Reichsrundfunkdienstes für den kommunistischen Kandidaten Thälmann abgelehnt, weil keine Gewähr geboten sei, daß der Rundfunk nicht durch Werbung für die gewaltsame Aenderung der Verfassung mißbraucht werde.

Verbotene Versammlungen
 München, 22. April. Der bayerische Ministerrat hat das Verbot für Adolf Hitler aufrechterhalten und die Wahlversammlungen, in denen Hitler für die Kandidatur Hindenburg sprechen wollte, verboten.

Die Finanzministerkonferenz
 Berlin, 22. April. Im preussischen Finanzministerium fand gestern eine Besprechung der Finanzminister der deutschen Länder statt. Wie verlautet, verlangen die Finanzminister 90 v. H. von der Einkommens- und Körperschaftsteuer und 30 v. H. von der Umsatzsteuer vom Reich für die Länder, sonst müßten die Realsteuern weit stärker angesetzt werden. Das Reichsfinanzministerium will dagegen bis jetzt nur 75 bezw. 20 v. H. bewilligen. Die Finanzminister billigten ferner das bisherige Abstimmungsverhältnis der Reichsratsausschüsse, die Hypothekengeld allgemein auf 20 v. H. aufzuwerfen, während der Vorschlag der Reichsregierungswahl, eine Bewertungsgrundlage für die zehnprozentige Zuluftbewertung der erstgestellten Hypotheken festzusetzen, abgelehnt wurde.

Tarifserhöhung der Reichsbahn
 Berlin, 22. April. Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft beschloß, wegen der durch die geforderten Lohnerhöhungen notwendig werdenden Beschaffung von Mehreinnahmen mit den zuständigen Stellen über eine Erhöhung der Eisenbahntarife in Verhandlungen einzutreten.

Warnung vor der bolschewistischen Gefahr
 Berlin, 22. April. Wie die „Deutsche Ztg.“ meldet, haben maßgebende Finanzkreise in Frankfurt a. M. bei der Handelskammer beantragt, durch ein vertrauliches Rundschreiben die Handelskreise vor der in östlichen Reichsteilen und auf dem Balkan sich erhebenden bolschewistischen Gefahr zu warnen.

Das Urteil im Tscheka-Prozess
 Leipzig, 22. April. Im Tscheka-Prozess verurteilte der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs nach Verlesung der sehr umfangreichen Begründung folgendes Urteil: Es werden verurteilt Neumann zum Tod, 8 Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, Böge zum Tod, 7 Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, Skoblewski zum Tod, 12 Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet, Margies zu 15 Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Szon zu 4 Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, König zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, Diener zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe, Reus zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, Wörner zu 1 Jahr und 9 Monaten Zuchthaus, 200 Mark Geldstrafe, Mayer zu 6 Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, Rühle zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Hute zu 5 Jahren 9 Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Hallup zu 2 Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Intari zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Lesniffe zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe und Frau Lesniffe zu 5 Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe.

Für Vorkaufszölle und eine Währungsunion zwischen den mitteleuropäischen Staaten
 Wien, 22. April. Der frühere ungarische Handelsminister Baron Esterházy hielt hier einen Vortrag, in dem er mit großem Nachdruck für die Einführung von Vorkaufszöllen im

Wendelsgebiet zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten und dem Balkan, sowie für eine Währungsunion zwischen den mitteleuropäischen Staaten eintrat.

Oesterreich — Mitglied des kleinen Verbands?
 Bukarest, 22. April. In hiesigen diplomatischen Kreisen heißt es, daß der Eintritt Polens in den kleinen Verband unmittelbar bevorstehe. Außerdem verlautet, daß man in den nächsten Tagen auch an Oesterreich mit der gleichen Aufforderung herantreten wird, weil Frankreich und die Tschecho-Slowakei um jeden Preis die Ausbreitung des Anschlußgedankens dortselbst verhindern wollen. Dies könnte aber nach Ansicht der Verbänderteile nur dann geschehen, wenn man Oesterreich auch gegen jede neue Möglichkeit einer Wirtschaftskatastrophe sichert.

Verhörsanna gegen Primo de Rivera
 Paris, 22. April. Die Blätter melden aus Madrid, die Polizei habe eine Verhörsanna gegen General Primo de Rivera entdeckt.

Die Ermordung des Sirdars
 Kairo, 22. April. Nachdem die Untersuchung wegen der Ermordung des englischen Generals beendet ist, wird am 12. Mai die Verhandlung gegen 6 Ägypter, meist Studenten, wegen Mords, gegen zwei weitere wegen Begünstigung und einen Ägypter wegen Verschleierung des Tatbestandes stattfinden.

Die Lunte am Balkan-Pulverschlag
 Sofia, 22. April. Zwischen König Boris und dem Stadtkommandanten von Sofia, General Lazarew, ist ein ernstes Zerwürfnis eingetreten. Der König wünscht eine Verfassungsänderung in demokratischem Sinn sowie die Aufnahme der gemäßigten Opposition in eine Koalitionsregierung; er sieht dabei aber auf den härtesten Widerstand der Militärpartei. — Es heißt, der König werde im Schloß festgehalten, Lazarew habe seine Abreise ins Ausland verhindert.

Der bulgarische Ministerpräsident erklärte, um die kommunistische Gefahr zu unterdrücken, sei eine Verstärkung unter den Balkanstaaten auf einer Konferenz nötig. — Der tschechische Gesandte in Sofia wurde von der Polizei gewarnt, daß seitens der Kommunisten ein Anschlag gegen ihn geplant sei, der den Zweck habe, zwischen Bulgarien und Südslawien einen Streitfall herbeizuführen.

Die kommunistische Bauernpartei beschuldigt (nach einer Belgrader Meldung) die bulgarische Regierung in Kundgebungen an die Regierungen in Washington, London, Paris, Brüssel, Madrid und Stockholm der Grausamkeit. Wenn nicht eine aus freier Wahl hervorgegangene Regierung eingesetzt werde, könnte in Bulgarien ein Zustand entstehen, der für den Frieden Europas gefährlich würde.

Bukarest, 22. April. Der rumänischen Postzeitung sind Schriftstücke in die Hände gefallen, die ein Zusammenwirken der Kommunisten in Rumänien, Bulgarien und Großserbien zur Herbeiführung einer allgemeinen Erhebung auf dem Balkan unzweifelhaft beweisen.

London, 22. April. Außenminister Chamberlain erkennt die bulgarische Forderung auf Erhöhung des Heeres um 10 000 Mann als berechtigt an, doch werden von Belgrad und Athen noch Einwendungen erhoben.

Unabhängiger Arbeiterstaat in Palästina?
 London, 22. April. Eine Abordnung der Arbeiter in Jerusalem übergab dem englischen Kolonialsekretär Amery eine Denkschrift, in der die Abschaffung der jüdischen Verwaltung in Palästina gefordert wurde. Das Land habe wirtschaftlich großen Schaden genommen. Amery erwiderte, die englische Regierung beabsichtige die Bildung eines unabhängigen arabischen Staats.

Württemberg

Evangelischer Landeskirchenrat I
 Stuttgart, 22. April. Der Evangelische Landeskirchenrat trat am Dienstag für mehrere Tage zur Erledigung des Haushaltsplans für 1925 zusammen. Kirchenpräsident Dr. v. Herz begründete die Notwendigkeit pünktlicher Bezahlung der Landeskirchensteuer und führte sodann den landeskirchlichen Haushaltsplan für 1925 ein. Unter Festhalten an ihrem Rechtsstandpunkt habe die Kirche im Hinblick auf die Finanzlage des Staats ein Fünftel des erforderlichen Aufwands für das Rechnungsjahr 1924 selbst übernommen. Weitere Ausführungen betrafen den auf der bürgerlichen Einkommensveranlagung beruhenden Steuermaßstab und den durch die Kirchengemeinden, nicht die Finanzämter erfolgten Einzug der Steuer.

Oberkirchenrat Dr. Schaufüller gab einen Ueberblick über die vorliegenden kirchlichen Bedürfnisse, u. a. 50—60 fehlende Pfarrstellen und 40—50 Vikariate. Zunächst seien aber nur 300 000 Mark weiter angefordert.

Nach Darlegungen der beiden Berichterstatter, der Abg. Hartenstein und v. Mayer, welsch letzterer die Notwendigkeit des Reutengeldes nach § 63 Abs. 1 der Landesverfassung betonte, führte Oberkirchenrat Dr. Müller zur Frage der Staatsleistungen aus, die Kirche könne bei aller Anerkennung derselben sie doch nicht als freiwilliges Geschenk des Staates betrachten, da sie verfassungsrechtlich festgelegt seien. Der Wunsch einer Wertung der Kirchensteuer als einer Staatsleistung sei unmöglich. Die Kirche habe sich dem Staat gegenüber nie auf den schroffen Rechtsstandpunkt gestellt, könne aber ihre Rechte nicht preisgeben, wenn es sich um ihre Lebensinteressen und Entwicklungsmöglichkeiten handelte.

Nagold.
 7 1/2 Uhr
 (Im weißen
 Kadelburg).
 Mitglieder
 Vorstand.
 am Sonn-
 Eintritt 50 J.
 laden.
 sidenten
 ril
 tz-
 er-
 tr.
 lgeben.
 au
 kaffee
 hinnen:
 den
 ung
 ellen.
 1925
 erie
 1925
 1792
 itung
 hafter“
 age-Beilagen
 u. der landw.
 Landwirtschaft“
 Mai
 is durch den
 zu lassen.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 23. April 1925.

Dienstnachrichten. Befördert wurde Baamitzwerkmeister Knecht bei dem Bezirksbauamt Calw zum Baamitzwerkmeister a. g. St.

Uebertragen wurde eine Studienratsstelle an der Realschule in Dorfketten dem Studienassessor Dr. Julius Fischer an der Oberrealschule in Cannstatt und eine Präzeptorstelle an der Lateinabteilung der Realschule in Freudenstadt dem Präzeptor Haas an der Latein- und Realschule in Winnenden.

Der St. Georgstag. Der 23. April bringt einen Gedächtnistag, der schon seit alten Zeiten einen tiefen Einschnitt ins Naturjahr gemacht hat und beim Volk in besonderem Ansehen stand. Es ist der St. Georgstag, mit dem die warme Jahreszeit erst recht beginnt. In Schwaben wie in Bayern wurden früher am Georgstag Umritte um die Georgskapellen gehalten, mit denen eine Pferdeweibe verbunden war. Da und dort spricht man auch heute noch von den Jögenrittern, in denen die Erinnerung an jene Umzüge fortlebt. Im Norden erscheint der hl. Georg in vielen Orten als Viehpatron. Wo Weideland vorhanden ist, wird das Vieh an diesem Tag zum erstenmal wieder angetrieben und es sind früher mit diesem Antriebe immer gewisse festliche Veranstaltungen verbunden worden. Da das Wiesengras jetzt kräftig zu wachsen beginnt, so ist nun das Geben durch die Wiesen verboten. Die Rebe soll um den Georgstag noch blind aussehen, treibt sie zu früh aus, so ist Gefahr, daß die Gelbeine erkranken, denn St. Georg und St. Marks (25. April) drohen oft viel Unheil. Ist an Georgii die Rebe noch platt und blind, so soll sich freuen Mann, Weib und Kind, lautet ein Sprichwort, das man in Wein Gegenden gern anführt. Eine alte Bauernregel sagt: „St. Georgii warm und schön, wird man noch ranbes Wetter sehn“, dagegen „Kommt St. Georgi geritten auf einem Schimmel (d. h. bringt er Schnee), so kommt auch ein kaltes Frühjahr vom Himmel“.

Dandorf, 21. April. Ein Tod für einen Pferdweib. Nitzsch hirt vor dem Gasthaus zum „Adler“ ein Mädel ausspannte, um es in den Stall zu führen, kam ein Fremder mit einer Fuchsstute am Jügel den „Graben“ herunter. Der Mädelweib konnte das Pferd und rief: „Marie! und siehe da! Die Marie stellt den Kopf und wackerte laut, so oft sie ihren Namen hörte. Der Eigentümer ließ ihr den Jügel und auf einen nochmaligen Anruf begann sie zu traben — zu ihrem früheren Pfleger, dem Mädelweib. Die Freunde des Tieres bei dem Wiedersehen war rührend.

Bildhingen, 22. April. Leichenführung. Die Leiche des Karl Schelhammer wurde am Rechen des Elektrizitätswerks Lötzingen dem wassen Element entzogen und wird nach Freigabe durch die Staatsanwaltschaft Lötzingen morgen nach hier überführt werden.

Bad Liebenzell, 22. April. Bloßlegung einer Hausstiege aus dem 16. Jahrhundert. Bei dem Umbau des Hauses von Stadt- und Kirchgemeindeverordneter Gerhard Paulus wurde zur Ueberrückung die alte Hausstiege aus der Zeit um 1500 in trefflicher Erhaltung wieder aufgefunden. Diese Stiege war beim Umbau 1811 zugemauert worden, da in der Ritterschule des Hauses Wohnräume angeordnet wurden. Die Feinern

Zürnfassung ist in den edlen Formen der deutschen Frührenaissance gehalten und zeigt noch die alte Farbenpracht (rot, braun, gelb und dunkelblau); der anschließende Buggrund zeigt in den gleichen Farbwerten aufgemaltes Laubwerk in guter Erhaltung. Die Hausstiege ist als solche die älteste erhaltene der Stadt.

Ludwigsburg, 22. April. Die Zerküderung des Kspers. Der Landesgeologe Dr. Agel Schmidt hat den Kspers einer Besichtigung unterzogen, da das Landschaftsbild des Kspers durch eine Steinbruchwand sehr beeinträchtigt wird. Der Besitzer des Steinbruchs hat sich nun bereit erklärt, daß bergwärts nicht mehr abgebaut und der Bruch nach Osten nicht ausgedehnt wird. Außerdem soll die Bruchwand in geeigneter Weise eingepflanzt werden.

Heilbronn, 22. April. In der Firma Dittmar sind Lohnstreikzeiten ausgebrochen. — Der Streit in den Karosseriewerken Weinsberg und bei Draug u. Co. hier ist beigelegt. Die Betriebe sind wieder im vollen Gang.

Talheim Olt. Heilbronn, 22. April. Schadenfeuer. In dem neuverbauten Anwesen des Landwirts Paul Hofmann in der Bahnhofstraße brach nachts Feuer aus. Die Scheune mit reichen Stroh- und Heuvorräten wurde ein Raub der Flammen. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Lötzingen, 22. April. Seltener Besuch. Eine große Anzahl von Seemöwen war am Montag am Neckar und in der Gegend des Staumehrs zu beobachten. Die schönen Vögel flogen mit lebhaftem Schreien über den Neckar hin und her. Es ist seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet worden, daß Seemöwen sich soweit ins Binnenland gezogen haben.

Almdingen Olt. Ehingen, 22. April. Opfer der Arbeit. Der Zementarbeiter Gräber verunglückte so schwer, daß ihm der rechte Arm abgenommen werden mußte. Auch einige Rippen wurden ihm eingedrückt. Der Bedauernswerte ist Kriepsinvalide mit beschädigtem linken Arm, so daß er nun vollständig erwerbsunfähig ist.

Altensta N. Geislingen, 22. April. Eine gesunde Frau. Gestern früh verschied die hier wohl älteste Person, die 92jährige Witwe Christine Stehle. Sie war zeitweilig eine rüstige Frau, so daß sie während ihres langen Erdenlaufes nie genötigt war, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Waldhauhen, Olt. Heresheim, 22. April. Radfahrungsfall. Ein junges Mädchen wollte mittags mit dem Rad nach Beuren auf Besuch fahren. Als es den Berg hinunterging, verlagte die Bremse. Das Mädchen war nicht mehr Herr über das Rad und kam so unglücklich zu Fall, daß es bewußtlos liegen blieb. Zwei des Weges kommende Radler hoben sie auf und erretteten sie vom Erstickungstode.

Vom Müggan, 22. April. Die schwere Deutsche Sprache. In einer Gemeinderatsitzung wird der Wortlaut einer Bekanntmachung betr. Hundetollmatt festgelegt und zwar folgendermaßen: Jeder, der seinen Hund frei umherlaufen läßt, wird erschossen. Bald aber kam einer der Gemeinderäte darauf, daß sich das Erschießen eigentlich auf den Besitzer beziehe. Der Gemeinderat legte sich nochmals zusammen und kam zu folgendem Beschluß: Jeder, der seinen Hund frei umherlaufen läßt, wird erschossen, der Hund-

Eilmengen, 22. April. Kinderlegen. Den Köferrmeister und Wirt zur „Germania“, Karl Kellerichen Ebenen, denen 15 Kinder, 12 Knaben und drei Mädchen, und zwar als letzte sieben Knaben geboren wurden, hat der Staatspräsident mit einem Glückwunschschreiben die übliche Ehrengabe ausändigen lassen.

Letzte Nachrichten

Eine Volksblockversammlung in Hannover.

Hannover, 23. April. Der Volksblock veranstaltete gestern im Stappelsaal der Stadthalle eine öffentliche Versammlung. Als Hauptredner des Abends sprach Reichsminister a. D. Dr. Bell. Er nannte den 26. April den Prüffest für die sittliche Reife und die politische Vernunft des deutschen Volkes. Der Redner hob mit Nachdruck hervor, daß seine Freunde die verkehrungswürdige Persönlichkeit des Gegenkandidaten in keiner Weise angreifen, verlangte aber gleiche Rücksicht gegenüber dem Kandidaten des Volksblocks. Man solle sich über alle Gegensätze hinaus die Hand reichen zu gemeinsamer Aufbauarbeit. Der Redner verlangte vollständige Wahrung der Verfassung wie auch des Artikels 18, die Aufrechterhaltung und Anerkennung einer gerechten Verhandlungs- und Erfüllungspolitik, die durch die Kanzlerschaft von Marx dem deutschen Volk schon viele Vorteile und Erleichterungen gebracht habe.

Die Privatverhandlungen der deutschen und der französischen Industrie verschoben.

Berlin, 23. April. Nach einer Meldung des „Volk-Anz.“ aus Paris sind die Privatverhandlungen der deutschen und der französischen Industrie, die gestern in Köln begannen sollten, auf Wunsch der Franzosen wegen Neubildung des französischen Kabinetts verschoben worden.

Noch keine Kontrollnote.

Berlin, 23. April. Die „Völkische Zeitung“ meldet aus Paris, daß in Anbetracht der Anwesenheit des englischen Königspaars die nächste Botschafterkonferenz auf Freitag nächster Woche verschoben wird. In dieser Sitzung soll endlich der Frage der deutschen Entwaffnung nähergetreten werden.

Die Verteilung der deutschen Reparationen.

London, 23. April. Besondere Organisationen, die die Ansprüche der deutschen Reparationszahlungen vertreten, haben einen Prozeß an den englischen Schlichter Chamberlain gefendet. Sie protestieren gegen die Verwendung der von Deutschland bezahlten Gelder, die gemäß dem am 26. Febr. 1923 an Clementel gerichteten Schreiben zur Ermäßigung der von den Alliierten an England geschuldeten Beträge verwendet werden sollen. Der Prozeß ist unter anderem von folgenden Organisationen unterzeichnet: Civilian War, Glanuing, Associated, Imperial, Merchant, Service, Guild, Marine, engineer Associated, Ruheleben, Camp, Sufferer Komite.

Stadtgemeinde Nagold.
Es wird darauf hingewiesen, daß das Freilaufenlassen von Hansgeflügel auf fremdem Eigentum verboten ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Die Orts- und Feldpolizeibeamten sind angewiesen, Geflügel jeder Art, welches in fremdes Eigentum eingedrungen ist, einzufangen und zu verwahren. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß das Unberechtigte Gehen über Wiesen u. Aecker verboten und strafbar ist.
Nagold, 20. April 1925.
1822 Stadtschultheißenamt: Mater.

JOSEF EISELE
ger. bereid. *Düchermittel*
STUTTGART-UNTERTÜRHEIM
Ansanlage u. Umstellung v. Buchführungen, Revisionen, Jahresabschlüsse, Erlösigg. von Steuersachen etc.
in. Referenzen vom Platze.
Rathausstr. 4

Ein unter Nr. 168 an das Fernsprechnetz angeschlossen.
E. Hespeler
Malermaler
Nagold.

Fahrrad-Gummi
Continental Peter's Union Excelstor Dunlopp
anerkannt beste Qualitäten empfiehlt
Wilhelm Schweikle, Nagold
Fahrräder Nähmaschinen

Nagold.
Frei eingetroffen Ia.
Kräutertäje
bei 1894
Gustav Keller.
Ehrliches, fleißiges

Mädchen
sucht Stellung
in Küche und Haushalt auf 15. Mat. 1841
Zu erfragen bei der Geschäftsstelle d. Bl.

Reichs-Lieder
früheres Gemeinschafts-Liederbuch
bei G. W. Zaiser, Nagold.

Reißzeuge
sowie einzelne Zirkel Reißbretter Reißschienen Winkel
bei
G. W. ZAISER
Göndringen.
15 Str. 1831

Stroh,
sowie 10 Str.
Kartoffeln
verkauft
Franz J. Geißler.

Gute Milchziege
mit 2 Jungen zu verkaufen.
1820
Herrn. Steiml, Wildberg.

Nagold.
Viehverkauf.
Kommen den Freitag von morgens 8 Uhr ab, haben wir wieder eine große Auswahl schöne, trüchtige 
Kalbinnen und junge Milchkühe
in unseren Stallungen in Nagold zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Kaufsliebhaber einladen.
1838
Friedr. Kahn u. Max Lassar.

Hindenburg
hat im Krieg den Feind von der Heimat ferngehalten.
Hindenburg hat auch während der Revolution dem Staat sich nicht versagt und so das Vaterland vor dem Untergang gerettet.
Hindenburg hat sich seither das Vertrauen des ganzen Volkes erhalten.
Hindenburgs menschlich-große Persönlichkeit steht hoch über Parteigezänk u. schmutziger Selbstsucht.
So ist Hindenburg der Mann des 26. April.
Wählt Hindenburg!



gen. Den Küfer-
arl Kellerchen
drei Mädchen,
n wurden, hat der
schreiben die läbliche

ichten

in Hannover.

tsblock veranstaltete
eine öffentliche Ver-
ands sprach Reichs-
den 26. April den
politische Vermunft
mit Nachdruck her-
würdige Persönlich-
angreifen, verlangte
ndidaten des Volks-
genüge hinaus die
arbeit. Der Redner
Verfassung wie auch
und Anerkennung
erfüllungspolitik, die
deutschen Volk schon
acht habe.

**er deutschen
ie verschoben.**

Meldung des „Vol-
stungen der deutschen
stern in Köln begün-
wegen Neubildung
worden.

note.

che Zeitung“ meldet
wesenheit des engli-
schafterkonferenz auf
In dieser Sitzung
Entwaffnung näher-

Reparationen.

Organisationen, die
zahlungen vertreten,
Schatzkanzler Chan-
die Verwendung der
gemäß dem am 26.
schreiben zur Ermäßig-
und geschuldeten Be-
r Prozeß ist unter
unterschieden: Ge-
Imperial, Merchant,
sociated, Ruhleben,

kauf.

von morgens 8 Uhr



nen

Milchkühe

gold zum Verkauf
und Kaufsliebhaber

1898

ax Lassar.

so das

stfucht.

Wähler und Wählerinnen!

Am Sonntag, den 26. April 1925, stehen Euch zwei Systeme zur Wahl:

**Das System schwarz-rot-goldener Korruptionspolitik und Geschäftemacherei
der Barmat, Bauer, Höfle, Lange-Hegermann einerseits**

und

Das System national-völkischer Pflichterfüllung andererseits.

Das System der schwarzrotgoldenen Korruption der parla-
mentarischen und jüdischen Schieber hat den

Zentrumspolitiker Dr. Wilhelm Marx

als Präsidentschaftskandidaten auf den Schild gehoben.

Marx ist der typische Vertreter ultramontaner Politik, jener
Politik, welche beim letzten Wahlgang den Kandidaten des Reichs-
blocks, Dr. Jarrés, ablehnte,

**weil er als Protestant für die
Bauern Bayerns und des
Rheinlandes nicht „tragbar“ sei.**

Seit wann entscheidet die Konfession über die Begabung,
Eignung, die Talente und die Fähigkeiten eines Mannes?

Wir sind nicht gewillt, unsere Befehle uns von Rom dik-
tieren zu lassen; ebensowenig sind wir gewillt, uns weiterhin von
der Judokratie in Moskau, Paris, London und New-York beherr-
schen zu lassen.

Jeder nationalgesinnte Deutsche, sei er nun Protestant oder
Katholik, muß alle Versuche zentristischer Machtpolitik zurückweisen,
er muß sie insbesondere darum zurückweisen, weil das Zentrum in ab-
grundtiefer Heuchelei den Protestanten Jarrés ablehnte und den
Gottesleugner Otto Braun zum preussischen Ministerpräsidenten
machte. Der Gottesleugner und Sozialdemokrat Otto Braun
ist für das Zentrum „tragbar“ nicht aber der Protestant Jarrés.

Das „allerchristlichste“ Zentrum geht mit der Sozialdemo-
kratie durch dick und dünn zusammen, obwohl die Sozialdemo-
kratie offen Kirche und Religion verhöhnt. So findet sich in
dem sozialdemokratischen Witzblatt „Lachen links“, herausgegeben
von dem Juden und Barmatfreund Erich Kuttner, folgende Ver-
höhnung jedes religiösen Gefühls:

**Ist das der Geist des echten Christentums, wenn das Zentrum
und an seiner Spitze Herr Marx in engster Waffenbrüderschaft
mit der Judokratie und den judengenössischen Sozialisten
unseren echten deutschen Feldmarschall Hindenburg mit Schmutz
und Rot bewirft und mit Lügen und Gemeinheiten begeistert?**

„Die heiligen Drei Könige“.

Wir sind die Drei Weisen aus dem Morgenland,
Die Sonne, die hat uns so schwarz gebrannt,
Unsere Haut ist schwarz, untre Seele ist klar,
Doch unser Hemd ist bleich — — ganz und gar.
Kyrieleis.

Der erste, der trägt eine lederne Hof,
Der zweite ist gar am A . . . bloß.
Der dritte hat einen spitzen Hut,
Auf dem ein Stern sich drehen tut.
Kyrieleis.

Der erste, der hat den Kopf voll Grind,
Der zweite ist ein unehelich Kind.
Der dritte nicht Vater nicht Mutter preist,
Ihn zeugte höchstselbst der heilige Geist.
Kyrieleis.

Der erste hat einen Pfennig gespart,
Der zweite, der hat Läuse im Bart,
Der dritte hat noch weniger als nichts,
Er steht im Strahl des göttlichen Nichts.
Kyrieleis.

Wir singen einen süßen Gesang
Den Weibern auf der Ofenbank.
Wir lassen an einem jeglichen Ort
Einen kleinen König zum Andenken dort.
Kyrieleis.

Ist das der echte Geist des echten Christentums, von dem
Marx immer soviel redet und der ihn mit der gottesleugnerischen
Sozialdemokratie zusammengehen heißt?

Ist das der Geist des echten Christentums, wenn das Zentrum
und an seiner Spitze Herr Marx mit dem Juden Kuttner Arm
in Arm marschiert und den protestantischen Deutschen Dr. Jarrés
ablehnt?

Deutschbewußte Wähler und Wählerinnen!

Gebt den Klassenkämpfern und Barmatschiebern, den Bauer, Scheidemännern und Hilferdingen, Lange-Hegermann am
Sonntag Eure **deutsche** Antwort. Eure Parole am Sonntag muß sein:

■	Gegen die Judokratie	Für die deutsche Einigkeit unter Hindenburg	■
■	Gegen die Barmat-Bestienhe	Für die soziale Einigkeit unter Hindenburg	■
■	Gegen die zentristische Scheinheiligkeit	Für Reinheit des öffentlichen Lebens unter Hindenburg	■

Jeder leiste Gefolgschaft der Aufforderung Hindenburgs: **„Hilf auch Du mit an der Auf-
erstehung unseres Vaterlandes.“**



Große Wahlversammlung

Am Freitag den 24. ds. Mts., abends 8 Uhr

spricht der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete

Pfarrer Dr. Steger

im Trauben-Saal in Nagold

für die **Kandidatur Hindenburg.**

Deutsche Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Dr. Marx und das „blöde Volk“ der Sparer.

Folgender Brief der Wochenschrift „Die Aufwertung“ Nr. 18 v. 26. September 1924 an Dr. Marx verdient die Beachtung des „blöden Volkes“.

Dortmund, den 13. September 1924.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Nach uns vorliegenden Zeitungsnachrichten haben Sie auf dem Katholikentag in Hannover am 2. d. Mts. unter anderem die Redewendung gebraucht: „Wenn das blöde Volk mit seinen Ansprüchen nicht aufhört, muß der Staat schließlich auseinanderfallen“ und daran anschließend über die Aufwertungsfrage gesprochen. Wir müssen nun annehmen, daß Sie mit dem Ausdruck „blödes Volk“ die nach Millionen zählenden und um ihre sauer ersparten Notgroschen für das Alter betrogenen und im Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband für das deutsche Reich zusammengeschlossenen Sparer meinen. Wenn wir auch verstehen können, daß es Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, nicht angenehm ist, von Seiten der Betrogenen immer wieder auf die einzig in der Welt dastehende verfassungs- und rechtswidrige Entrechtung der Altersselbstversorger und Sparer durch die dritte Steuernotverordnung aufmerksam gemacht zu werden, so finden wir den Ausdruck „blödes Volk“ im Munde eines Staats-

mannes doch durchaus nicht angebracht. Wir kennen diesen Ausdruck uns gegenüber bisher nur aus dem Munde derer, die ihren Gewinn nicht den Sparkassen oder sonstwie der Volkswirtschaft und dem Reich und den Gemeinden zur Verfügung gestellt, sondern die ihr Geld in schlauer Voraussicht der kommenden Dinge außerhalb des deutschen Reiches angelegt oder in Sachwerten verhandelt haben. Wir verbitten uns von dem ersten leitenden Beamten des Reiches jedenfalls eine derartige Ausdrucksweise und stellen fest, daß sie ebenso unbegründet wie ungehörig ist.

Ihre Befürchtung, daß der Staat auseinanderfallen könne, ist gerade dann begründet, wenn eine so ungeheuerliche Diktaturgesetzgebung, wie sie unter Ihrer Kanzlerschaft den Sparern gegenüber durchgeführt werden soll, als Zeichen dafür bestehen bleibt, daß der Wiederaufbau unter Beseitigung des Grundgesetzes von Treu und Glauben versucht werden soll. Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates, oder hat er keine?

Herr Marx hat dem „blöden Volk“ auf diesen Brief keine Antwort gegeben. Das war konsequent. — Warum er sich aber heute von diesem „blöden Volk“ wählen lassen will, das ist uns höchst unklar.

Wer sich nicht zum „blöden Volk“ des Herrn Marx rechnet, der

wählt Hindenburg!

Echt Virigin. Pferdezaunmais
echte schwed. Futtererbsen
Königsberger Saatwicken
Runkelrübsamen (Eggendorfer Riesen)
sowie 1821
alle anderen Feldsämereien
in prima Qualitäten bei
Berg & Schmid.

Verkaufe meine
Bienen samt Kästen
(auch leere Kästen), sämtliche mit Seitenwandfütterung.
Eßlingen. 1832
Christian Geigle.

MASU
FAHRER RÄDER
Wilhelm Schwelkle, Fahrradhandlung
NECKARSULMER FAHRZEUGWERKE A.G., NECKARSULM

In Nagold soll eine Niederlage für
Mineralwasser
errichtet werden.
Interessenten wollen sich melden bei der Geschäftsstelle des Blattes.
Nagold. 1823
Gute Seg- u. Spelze-
Kartoffeln
sind zu haben bei
Gottlob Koch, Stricker.

Am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags von 1 Uhr ab hält die 1814
Bezirksjägervereinigung Herrenberg
ein
Tontaubenschießen
in Unterjettingen
ab. Wir laden die Mitglieder der Nachbarvereinigung Nagold mit ihren Damen geziemend ein. Abmarsch vom Gasthof z. Lamm 1/21 Uhr.
I. A. Geltenbort sen.



Suche für sofort ein
Mädchen
nicht unter 16 Jahren für Kinder in kleinen Haushalt 1826
Pöhlungen, Schillerstraße 5.
Es wird ein bravest. fleißiges 1827
Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit gesucht.
Pfarhaus Hirsau b. Calw.

Bezugs-Pre
Monat. einchl.
Lieferung A
Einzelnummer 1
Erscheint
jed. Werktag
Verbreitete Zei
im O.L.-Bez. 91
In Wittenb. G.
besteht kein An
auf Lieferung d.
aber auf Nichtan
des Bezugspre
Katalogen - Ab
Gesellschafter Na
Verf. d. - R.
Stuttgart

Nr. 94

Im Deutsch
Vollschaffter Fe
Jahre 1918 sich
hochberziger un
Welle zur Ver
Gewähr, daß
Pflichtkreuz
Während
abend um 8
sprechen
Das engl
Der bioge
Mitglied des
In politisch
teu und Br
London reise
über die Siche

Neue

Berlin, 23.
keine Staats
nicht, als ob d
mehr nach D
burg gewähl
Der Fre
ffentlich ein
sollen Dähman
als das „Reim
Wiederaufn

Berlin, 23.
der Deutschen
und Briand
des Siderit
von Hoelch
juden.

Der
Berlin, 23.
Sitzung des
Beratung
jahrs, wie es
angenommen
tungs-, des
gelegtes, lehter
Wiktumlinge
auch die Erböl
die Stimmen
ebenso die Ste
und Rauch
bis 100 v. S
Reichs; der
des Finanz
minister v o r
Reichsrats be
Kommensteuer
den zuguführ
Reichsregierung
wurde zwar f
stimmen, aber
wo sie nur 20
können. Die
besondere V

Der Reich
20prozentige
Kuch hierzu e
ben, daß die
behalte. Als
tungsansprüc
scharfen Wör
preußische
Kriegsanleihe
besitzer von
des Reichs, e
zur Aufwertu
angenommen.
Verfassungsa

Cohnfa
Hugsburg
hübnerischen
Industriellen
Arbeitnehmer
Wiederaufnat

Schwerk
Brüßel, 2
rigen Rechts
die beiden
Zusammen
ein sozialist
Kabinetsbild

Kopenhag
wegischen Un
vorgelogen, de

